

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsgesellschaft: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 2. Dezember 1987

Blatt 2596

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Einkaufssamstag: Sondergespräch bei Zilk (2605)

Kommunal/Lokal:

Verkehrsbetriebe: Jahresnetzkarten verlängern! (2597)

Brigittaplatz wurde neu gestaltet (2598)

Neue Verkehrsampel auf der Erdberger Lände (2598)

Erste Wiener Internationale Jugendgespräche (2600)

Internationales Symposium Stadterneuerung (2603/2607)

ÖVP präsentiert Ideenwettbewerb für altes AKH (2606)

Bei Rot über die Kreuzung — von Straßenbahn erfaßt (nur FS/1.12.)

Erster Schnee in Wien (nur FS)

Bezirke:

102. Geburtstag in Meidling (2604)

Kultur:

25 Jahre Bezirksmuseum Penzing (2599)

Theatersubventionen 1988 (2599)

Wirtschaft:

Vranitzky: Markt oder Staat? (2601/2602)

Verkehrsbetriebe: Jahresnetzkarten verlängern!

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Achtung: Statt wie üblich ab dem 20. des Vormonates, kann die Verlängerung der Barzahler-Jahreskarten ab Jänner 1988 bereits ab 4. Dezember in der Abteilung Tarifangelegenheiten, Wien 6, Rahlgasse 3, (Montag bis Freitag von 8 bis 14.30 Uhr) erfolgen. Ab 11. Dezember ist dies auch bei den Vorverkaufsstellen zu den normalen Öffnungszeiten möglich. (Schluß) roh/bs

Brigittaplatz wurde neu gestaltet

Verkehrsberuhigte Zone

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird kommenden Freitag um 15 Uhr die verkehrsberuhigte Zone Brigittaplatz im 20. Bezirk eröffnen. Die Umgestaltung des Platzes, der nun wesentlich attraktiver ist, hat rund 15 Millionen Schilling gekostet.

An den beiden Schmalseiten des Brigittaplatzes wurden Wohnstraßen geschaffen. Vor dem Bezirksamt wurde die Nebenfahrbahn weggenommen, die Grünflächen wurden erheblich vergrößert. In der Straße an der Rückseite der Kirche wurden die Gehsteige verbreitert, die vorhandenen Bäume erhielten größere Baumscheiben. An der Längsseite des Platzes — im Zuge der Raffaelgasse — wurden neue Grünflächen angelegt und sechs Bäume in großen, bewachsenen Baumscheiben gepflanzt. Vor dem neuen Pensionistenheim wurde der Gehsteig in die Straße hineingezogen und so ein Empfangsbereich geschaffen.

Die Grünflächen rund um die Kirche wurden wesentlich erweitert. Die beiden Vorfahrten zur Kirche wurden zu Sitzbereichen mit vielen Bänken umgebaut. Die Fußgängerbereiche wurden mit gelben und braunen Betonsteinen gestaltet. Es gibt auch eine neue Beleuchtung: Bogenlampen für die Fahrbahnen und Kandelaber für die Fußgängerbereiche. Zwischen den Gehsteigen und dem Kirchenbereich werden in den nächsten Wochen noch Hecken gepflanzt, um das Erholungsgebiet von den Straßen abzugrenzen.

Bereits am Donnerstag tritt eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Die Wohnstraße vor dem Amtshaus wird Einbahn von der Jägerstraße bis zur Raffaelgasse, die Wohnstraße an der Hinterseite der Kirche wird Einbahn von der Raffaelgasse bis zur Jägerstraße. Die verlängerte Raffaelgasse wird Einbahn von der Brigittagasse bis zur Greiseneckergasse. (Schluß) sc/bs

Neue Verkehrsampel auf der Erdberger Lände

Sicherer Fußgängerübergang zur Donaukanalfähre

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag vormittag wird auf der Kreuzung Erdberger Lände — Haidingergasse im 3. Bezirk eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. In diesem Bereich ist der Straßenausbau der Erdberger Lände bereits abgeschlossen. Die Kosten für diese Verkehrssicherheitsmaßnahme betragen rund 1,8 Millionen Schilling.

Die neue Ampel ermöglicht es den Fußgängern, die dreispurige, stark befahrene Lände gefahrlos zu überqueren und zum Donaukanalufer und zum Fährboot zu gelangen. Bei der Fährenanlegestelle am anderen Ufer des Donaukanals befindet sich bereits eine Verkehrslichtsignalanlage, so daß die Fußgänger einen sicheren Weg aus dem 3. Bezirk in das Erholungsgebiet Prater haben.

Die Ampel auf der Erdberger Lände gibt dem Fahrzeugverkehr „Dauergrün“, das jedoch unterbrochen wird, wenn sich die Fußgänger mit Drucktasten zum Überqueren der Straße anmelden. Die Signalanlage ist mit den anderen Ampeln auf der Lände koordiniert und an die Verkehrsleitzentrale angeschlossen. (Schluß) sc/rr

25 Jahre Bezirksmuseum Penzing

Wien, 2.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Bezirksmuseum Penzing in der Penzinger Straße 59 feiert mit der Ausstellung „25 Jahre Museumsverein und Bezirksmuseum Penzing“ sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Die Ausstellung wird am Freitag, dem 4. Dezember, im Anschluß an eine um 18 Uhr im Vortragssaal stattfindende Festveranstaltung eröffnet. Sie ist bis 20. Dezember sowie vom 31. Jänner bis 30. März 1988 jeden Mittwoch, von 17 bis 19 Uhr, und jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt zu sehen. (Schluß) gab/rr

Theatersubventionen 1988

308,45 Millionen Schilling für Wiens Groß- und Mittelbühnen

Wien, 2.12. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß die Betriebssubventionen für die Wiener Theater für 1988 in der Gesamthöhe von 308,45 Millionen Schilling. In dieser Summe sind die Subventionen für die privaten Mitgliedsbühnen des Wiener Bühnenvereines, für die Wiener Mittelbühnen und das Theater der Jugend sowie die Abgangsdeckung für das Theater an der Wien enthalten.

Das Theater an der Wien wird 1988 den Wiener Festwochen für rund 40 Vorstellungen und dem Ballettfestival „Tanz 88“ für rund 20 Vorstellungen zur Verfügung stehen. Als Nachfolgeproduktion der erfolgreichen „Cats“ wird die kontinentaleuropäische und deutschsprachige Erstaufführung von Andrew Lloyd WEBBERS „Phantom in der Oper“ produziert. Das Jura-Soyfer-Theater und das Theater Drachengasse 2 werden 1988 erstmals den Mittelbühnen zugerechnet.

Folgende Subventionen wurden bewilligt:

Private Mitgliedsbühnen des Wiener Bühnenvereines

Theater in der Josefstadt (mit Kammerspielen)	56,650.000
Volkstheater (mit Außenbezirksvorstellungen)	48,500.000
Raimundtheater	22,000.000
Wiener Kammeroper (mit Studio „K“)	7,000.000
Zusammen	134,150.000

Mittelbühnen:

Theater „Der Kreis“	11,300.000
Inter-Thalia-Betriebsgesellschaft m.b.H.	5,800.000
Ensemble-Theater	4,400.000
Serapionstheater	3,500.000
Gruppe 80	3,600.000
Theater Brett	1,000.000
Theater Drachengasse Zwei	1,200.000
Jura Soyfer Theater	4,000.000
Zusammen	34,800.000

Abgangsdeckung Theater an der Wien	109,500.000
Theater der Jugend	30,000.000
Insgesamt	308,450.000
(Schluß) gab/rr	

Erste Wiener Internationale Jugendgespräche

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Über „13- bis 16jährige: Nicht mehr Kinder — noch nicht Jugend“ diskutieren 40 Teilnehmer aus sechs europäischen Ländern noch bis 4. Dezember bei den Ersten Wiener Internationalen Jugendgesprächen. Ziel dieser Veranstaltung des Wiener Landesjugendreferates ist eine Bestandsaufnahme der Situation der 13- bis 16jährigen.

Gerade für diese Altersgruppe gibt es im Bereich der Freizeitgestaltung durch Organisationen und Institutionen noch nicht genug Angebote. Zwar gibt es ausreichend Möglichkeiten für „bis 12jährige und ab 17jährige“. Für jene, die zwar keine Kinder mehr, aber auch noch keine Jugendlichen sind, ist das Angebot aber eher gering.

Weitere Schwerpunkte sind neue Erkenntnisse der Jugendforschung, Werbung für diese Zielgruppe, Jugendtrends und Subkulturen sowie das Thema Umwelt.

Das Wiener Landesjugendreferat hat bei der Zusammenstellung des Ferienspielprogrammes für die Winterferien auch ein Spezialprogramm für 13- bis 15jährige erarbeitet. So gibt es zum Beispiel Disco-Parties, die am Nachmittag stattfinden. (Schluß) jel/rr

Vranitzky: Markt oder Staat?

Hohe Ehrung für Franz Nekula

Wien, 2.12. (RK-WIRTSCHAFT) Mehr als 600 Festgäste, darunter ein rundes Hundert Generaldirektoren aus der österreichischen Wirtschaft, waren Dienstag abend im Festsaal des Wiener Rathauses dabei, als Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY sich in einem Vortrag mit dem Thema „Markt oder Staat“ auseinandersetzte. Anlaß für diese Veranstaltung war das 35jährige Bestehen der „Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft“ (ADÖG). Zuvor, nach der Begrüßung durch den Präsidenten der ADÖG, Stadtrat Johann HATZL, überreichte Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Rudolf STREICHER das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an den langjährigen als Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen zuständigen Franz NEKULA.

Nekula, geboren 1924, wurde 1964 in den Wiener Landtag und 1969 zum Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen gewählt. In dieser Funktion, die er elf Jahre lang bekleidete, war Nekula auch Präsident der ADÖG. Im Anschluß daran war er vier Jahre Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten.

Minister Streicher wies darauf hin, daß in der Amtszeit Nekulas einige grundlegende und für die Gemeinwirtschaft wichtige Entscheidungen gefallen sind. So ist es in dieser Zeit gelungen, sich in der Öffentlichkeit, durch Übernahme von Belangsendungen von der Industriellenvereinigung, besser Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig wurde der Kontakt zu den Hochschulen und Universitäten intensiviert. Viele der Hörer der einschlägigen Lehrveranstaltungen sind heute an der Spitze gemeinwirtschaftlicher Unternehmen zu finden.

Zusammenspiel von öffentlichem und privatem Sektor

Bundeskanzler Vranitzky stellte in seinem Referat einleitend fest, daß die Forderung nach einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft kein Deckmantel für das Infragestellen von Errungenschaften sein dürfe. Wenn die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates nicht funktionierten, wäre dies auch für die private Wirtschaft ein Hemmschuh. Die Instrumentarien des Staates müßten aber permanent auf Effizienz und Angemessenheit ihrer Mittel überprüft werden. Ohne entsprechende Lenkungsmechanismen wäre jedoch in verschiedenen Bereichen keine befriedigende Funktion des Marktes möglich. Vranitzky nannte dabei den Umweltschutz, die Preisstabilität und die Verteilungsgerechtigkeit. Es dürfe niemals soweit kommen, sagte Vranitzky, daß etwa die medizinische Versorgung eines Menschen, der sein Leben lang hart gearbeitet hat, von der Marktsituation abhängig sei.

Ein häufig zu hörendes Argument sei, daß ohne einer funktionierenden Wirtschaft die staatlichen Einrichtungen nicht funktionieren könnten. Umgekehrt könnte aber keine Privatwirtschaft ohne der vom Staat zur Verfügung gestellten Infrastruktur — Straßen, Kommunikationseinrichtungen etc. — existieren. Diese Infrastruktur müsse ständig erneuert und ausgebaut werden, staatlichen Betrieben wie etwa der Post komme in der Kommunikationsgesellschaft von heute dadurch nicht kleiner werdende, sondern sogar wachsende Bedeutung zu. In dynamischen Lebensräumen müßte der Staat für Entwicklungsimpulse sorgen und im öffentlichen Bereich einen Schub der Strukturverbesserung auslösen, erklärte Vranitzky.

Es sei nicht die Frage „Staat oder Markt“, die Frage stelle sich für ihn nur nach dem bestmöglichen Zusammenspiel des privaten und des öffentlichen Sektors und nach bestmöglichen und zeitgemäßen Organisationsformen, sagte Vranitzky. In manchen Bereichen könne ein Abbau staatlicher Strukturen auch durchaus vereinbar mit dem sozialen Aspekt sein.

Vranitzky zur Verstaatlichten Industrie

Zur Verstaatlichten Industrie hielt der Bundeskanzler fest, daß von den Unternehmen der ÖIAG nur der Eisen- und Stahlbereich wie überall auf der Welt Probleme habe, während ÖMV, AMAG und SGP zufriedenstellend und teilweise auch zukunftsweisend arbeiten. Im Stahlbereich sehe er jedoch keinen anderen Weg als neue Organisationsformen zu finden, die zu neuen Kostenbildern führen, wobei Einschnitte auch im Personalbereich unvermeidbar seien. Die Forderung, die heute in einer Tageszeitung erhoben wird, zunächst im Verkauf erfolgreich zu sein und dann erst die Strukturreform anzugehen, bezeichnete Vranitzky als sinnlos: „Wenn das möglich wäre, wären keine Umstrukturierungen erforderlich“. Diese Umstrukturierung wäre jedoch ein industrielles Erneuerungsprojekt ersten Ranges und eine große Chance für die Zukunft.

Zusammenfassend stellte Bundeskanzler Vranitzky fest, im Zusammenspiel zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich müsse jene Art der Diskussion überwunden werden, die versucht, beide gegeneinander auszuspielen. Privat oder Staat sei keine prinzipielle Frage, sondern müsse jeweils situationsbedingt entschieden werden. (Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 2601

Internationales Symposium Stadterneuerung (1)

Stadterneuerung im internationalen Vergleich

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das INTERNATIONALE SYMPOSIUM STADTERNEUERUNG wurde Mittwoch mit einem Vergleich internationaler Stadterneuerungsaktivitäten fortgesetzt. In seinem Referat stellte Univ.-Prof. Dr. Hans HARMS von der Technischen Universität Hamburg die Entwicklung der Stadterneuerung in England und London dar. Sie war lange Jahrzehnte eine „Abrißsanierung“. Die großen Arbeitersiedlungen der alten englischen Industriestädte wurden oft auch aus hygienischen Gründen abgerissen und durch Gemeindewohnungen ersetzt. In den späten 60er Jahren wurden jährlich bis zu 70.000 Wohnungen abgerissen. Erst in den 70er Jahren erfolgte die Trendwende zu einer sozialorientierten Wohnhauserneuerung, die vor allem durch die Gemeinden getragen war. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Margret Thatchers setzte der Stadterneuerung praktisch ein Ende: Es gibt kaum mehr Neubau von kommunalen Wohnungen, die Finanzautonomie der Gemeinden wurde eng beschnitten und läßt keinen Spielraum mehr zur Förderung der Stadterneuerung. Die Privatisierung von Gemeindewohnungen hat zu hoher Immobilität, zu Obdachlosigkeit und langen Wartelisten bei den Wohnungsämtern geführt. Heute warten in England 1,5 Millionen Familien auf eine Sozialwohnung. Mit der Privatisierung von Wohnraum wurden auch die Kosten der notwendigen Erhaltung und Sanierung auf Private überwältigt. Diese Kosten werden auf 40 bis 50 Milliarden Pfund geschätzt, umgerechnet also 800 bis 1.000 Milliarden Schilling.

Neue Aufgaben für die Stadterneuerung in Holland

Stadterneuerung sei stets ein Feld für Konflikte, weil die Wohnraumplaner nicht unter sich seien, sondern sich mit den Bewohnern auseinandersetzen müßten, erklärte Univ.-Prof. Helga FASSBINDER von der Technischen Universität Eindhoven zu Beginn ihres Referates über Stadterneuerungsmodelle in Holland. Amsterdam und Rotterdam hätten durch das Modell der Projektgruppen, dem Zusammenschluß von Hauseigentümer, Bewohner, Verwaltung, Sozialarbeiter usw. bei einem konkreten Projekt, ein international vorbildhaftes Modell geschaffen, das etwa auch in Wien im Rahmen der Sanierung der großen kommunalen Zwischenkriegswohnbauten in etwas geänderter Form übernommen wird. In Holland entstand in den 70er Jahren ein ausgebildetes System der Organisation sowie ein breiter Konsens über die Wichtigkeit der Aufgabe Stadterneuerung. Durch die Wirtschaftskrise seien neue Aufgaben entstanden: Wohnkostensteigerungen, Kürzung von Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit, die zunehmende Zahl der Ausländer, die steigende Kriminalität und die Schließung von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen führen vielfach zu Verslumungserscheinungen ganzer Viertel. Durch eine stärkere Stadtplanung mit kommunalen Konzepten zur Stadterneuerung in Verbindung mit mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Bevölkerung in den Projektgruppen sollen nicht nur die Wohnqualität verbessert, sondern auch Arbeitsplätze für die ansässige Bevölkerung geschaffen werden. (Forts.) ah/rr

102. Geburtstag in Meidling

Wien, 2.12. (RK-BEZIRKE) Einer der ältesten Wiener, der in Meidling in der Malfattigasse wohnhafte Johann REISS, feierte Dienstag seinen 102. Geburtstag. Der Jubilar erfreut sich bester Gesundheit. Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER überbrachte ihm mit einem Ehrengeschenk der Stadt Wien die besten Glückwünsche des Wiener Bürgermeisters. (Schluß) smo/rr

Einkaufssamstag: Sondergespräch bei Zilk

Wien, 2.12. (RK-POLITK) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK lädt die Sozialpartner für morgen, Donnerstag vormittag, zu einem Sondergespräch über die Situation an den Einkaufssamstagen in Wien ein. Für die Unternehmer wird Präsident Ing. Karl DITTRICH, für die Handelsangestellten GR. Robert FREITAG an dem Gespräch teilnehmen. Zilk: „Durch die verschiedenen Ankündigungen ist die Situation für die Konsumenten nicht mehr durchschaubar. Die Konsumenten erwarten zu Recht eine einvernehmliche Lösung.“

Zilk erinnerte, daß er immer für eine einvernehmliche Lösung zwischen den Sozialpartnern eingetreten ist. Er findet es aber enttäuschend, daß die vielen Bemühungen zu keinem befruchtenden Ergebnis geführt haben. Das morgige Gespräch sei ein neuerlicher Versuch, die Sozialpartner zu einer einvernehmlichen Haltung zu bewegen, betonte Zilk abschließend. (Schluß) sei/rr

ÖVP präsentiert Ideenwettbewerb für altes AKH

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP präsentierte am Mittwoch in einem Pressegespräch die Ergebnisse eines Ideenwettbewerbes zur künftigen Nutzung des alten AKH. Die Zeit dränge, meinte GR. Dr. Johannes HAWLIK, da die Kliniken zwischen 1990 und 1992 ins neue AKH übersiedeln werden.

Bezirksvorsteher Wolfgang SCHMIED sprach sich für eine innerstädtische Gartenstadt aus. Der Wettbewerb habe übereinstimmend gezeigt, daß sich die Bewohner des 9. Bezirkes für eine gemischte Nutzung des Areals aussprechen, die historische Substanz müsse erhalten und revitalisiert werden.

Der Vorsitzende der Jury, Prof. Ernst W. HEISS, sprach von einem Konsens der „sanften Stadterneuerung“. (Schluß) fk/rr

Internationales Symposium Stadterneuerung (2)

Berlin geht den Weg der „behutsamen Stadterneuerung“

Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Der Berliner Sozialwissenschaftler Günter FUDERHOLZ, der mit der Sanierung des Kreuzberges in West-Berlin beauftragt ist, wies in seinem Referat darauf hin, daß Berlin zwar ebenso wie Wien einen hohen Altbaubestand und einen noch bis Jahresende geltenden starken Mieterschutz habe, aber die Stadterneuerung zunächst eigentümerorientiert war. Ganze Stadtgebiete wurden bereits in den 60er Jahren zu Abbruchgebieten erklärt, was in der Folge zu immer stärkeren Konflikten mit den Bewohnern und schließlich 1980 zu einer großen Protestbewegung mit 160 Hausbesetzungen führte und die Stadtregierung zu einer vollkommenen Kehrtwende ihrer Stadterneuerungspolitik veranlaßte.

Heute versucht man, mit der Internationalen Bauausstellung, IBA, ganze Stadtviertel „behutsam“, also mieterorientiert, zu sanieren. Umgerechnet 3,4 Milliarden Schilling stellt die Berliner Stadtverwaltung jährlich dafür zur Verfügung. Besonders stark ist in Berlin auch die Förderung von Selbsthilfegruppen. Zur Sicherung der Mieterinteressen wurden eigentümerunabhängige Mieterberatungen eingerichtet, deren Zustimmung für eine Wohnhaussanierung Voraussetzung ist. Auch hat sich eine junge Generation von Architekten herangebildet, die den Umgang mit den Mietern pflegt. Gerade in erneuerungsbedürftigen Gebieten wie dem Kreuzberg ist darüberhinaus eine soziale Betreuung der Menschen nötig, was wiederum mehr Planung der Stadterneuerung auf kommunaler Ebene verlange, sagte Fuderholz.

Das Wiener Modell aus ausländischer Sicht

Flächenhafter Verfall ganzer Stadtteile, der für andere westeuropäische Städte kennzeichnend war, ist in Wien weitgehend unbekannt geblieben, erklärte Univ.-Prof. Jürgen ROSEMANN von der Technischen Universität Delft. Dafür habe Wien erst mit Verspätung die Stadterneuerung begonnen, wodurch allerdings auch ein Lernen aus Erfahrungen anderer Städte möglich war. Mit der Wohnungsverbesserung und der „sanften Stadterneuerung“ kann vor allem die Verdrängung der ansässigen Bevölkerung verhindert werden. Dennoch drohe auch in Wien im Althausbestand längerfristig eine Mietensteigerung durch hohe Baukosten und Fehlbelag. Zum Zweck einer rationelleren Sanierungsdurchführung schlägt Rosemann eine teilweise Kommunalisierung des Althausbestandes ähnlich wie in Holland vor. Dieser Bestand könnte für den Umzug der Bewohner und auch für eine kommunale Wohnungszuweisung genutzt werden. (Forts.)
ah/bs

Forts. von Blatt 2603